

# NIEDERSCHRIFT

**Niederschrift Nr. 1**  
**Jugendhilfeausschuss**  
**am 07.03.2012**  
**Martin-Luther Gemeindehaus**

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Lindstedt (SPD)  
Theodor Rieke (SPD)  
Walter Teumert (SPD)  
Marlies Deppe (CDU)  
Claudia Gebhard (CDU)  
Ursula Sopora (CDU)  
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bärbel Schmidt (SPD)

sachkundige Bürger

Astrid Partmann (FDP)  
Rosemarie Böhme (ohne)  
Dirk Lampersbach (ohne)  
Friedhelm Wegener (ohne)  
Roswitha Ritter (SPD)

## Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Claudia Dierkes-Hartwig (ohne)

anwesend ab 16.15 Uhr

Heiner Redeker (ohne)

Gisela Kalt-Sponheuer (ohne)

Edelgard Blümel (ohne)

Christoph Börger (ohne)

Petra Winzer-Milo (ohne)

### Von der Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV

Frau Waßen, L FB 51

Herr Steiner, FB 51

Frau Scholz, Schriftführerin

### Gäste und Zuhörer/innen

Herr Richter, Jugendreferent der Ev.

Kirchengemeinde in Fröndenberg-Frömern

Herr Biermann, Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde  
in Fröndenberg-Frömern

Herr Schiewer, Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde  
in Fröndenberg-Dellwig/Langschede/Ardey

Herr Freck, Beigeordneter der Stadt Fröndenberg  
Vertreter der Medien

Interessierte Zuhörer/innen

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren, insbesondere Herrn Pfarrer Gisbert Biermann von der Ev. Kirchengemeinde Fröndenberg-Frömern. Herr Pfarrer Biermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und stellt das Martin-Luther Gemeindehaus vor. Im Anschluss daran eröffnet Herr Rieke die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

Fragestunde für Einwohner/innen

#### **Punkt 2**

Offene Jugendarbeit

### **Punkt 2.1**

Offene Jugendarbeit der Ev. Kirchengemeinde Frömer  
-mündlicher Bericht des Jugendreferenten Herrn Sebastian Richter-

### **Punkt 2.2**

024/12

Förderung von Offener Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede durch Kreis- und Landesmittel im Jahr 2012

### **Punkt 3**

035/12

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2012

### **Punkt 4**

011/12

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung:

Prüfauftrag zur Aufgabe der Trägerschaft des Kreiskindergartens „Villa Kunterbunt“

### **Punkt 5**

Neues Kinderschutzgesetz

-mündlicher Bericht-

### **Punkt 6**

030/12

Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

### **Punkt 7**

039/12

Kein Kind zurücklassen! - Teilnahme am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“

### **Punkt 8**

029/12

Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2011

### **Punkt 9**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **Nicht öffentlicher Teil**

### **Punkt 10**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1**

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

### **Punkt 2**

Offene Jugendarbeit

Erörterung siehe Punkt 2.1 und Punkt 2.2

#### **Punkt 2.1**

Offene Jugendarbeit der Ev. Kirchengemeinde Frömern  
-mündlicher Bericht des Jugendreferenten Herrn Sebastian Richter-

#### **Erörterung**

Herr Sebastian Richter, Jugendreferent der Ev. Kirchengemeinde Fröndenberg-Frömern, zeigt einige Bilder aus dem Bereich der Jugendarbeit. Es gebe eine umfangreiche Ausbildung in der ehrenamtlichen Tätigkeit; hierbei handele es sich um die Juleica-Schulung (Juleica: Jugendleiter/in-Card; bundesweiter, einheitlicher Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit). Am Wochenende sei ein Kurs mit 22 Teilnehmern zu Ende gegangen. Das „Spirit“ im Gemeindehaus öffne abends 3x wöchentlich für Jugendliche. Es gebe auch drei Gruppen für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren und verschiedene Aktionen wie z.B. die Kinderbibelwoche. Neu sei die 1x monatlich stattfindende kulturelle Veranstaltung der Live-Musik oder anderer Themenabende wie z.B. der Europaabend. Des Weiteren würden Sommerfreizeiten organisiert, die bereits in Schweden, Schottland oder Portugal stattgefunden hätten. Möglich mache dies u.a. der Zuschuss des Kreises. Die Gemeinde Frömern finanziere sich zu einem nicht ganz unerheblichen Teil durch Kreis- und Landesmittel. Der Erhalt dieser Mittel sei wichtig für die Gemeinde, denn ansonsten könne die vorab dargestellte Arbeit nicht geleistet werden.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und führt aus, dass man hier sehe, dass die Gelder des Kreises vernünftig angelegt würden, denn der Ausschuss fördere die Prävention statt die spätere Heilung. Es sei sehr wichtig, dass die Kinder- und Jugendarbeit weiterhin betrieben werde.

## **Punkt 2.2**

024/12

Förderung von Offener Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede durch Kreis- und Landesmittel im Jahr 2012

### **Erörterung**

Herr Hahn teilt mit, dass diese Vorlage die Verteilung der Kreis- und Landesmittel für die offene Jugendarbeit darstelle. Die Verteilung erfolge an drei kommunale Einrichtungen, die in der Trägerschaft des Kreises stünden: das „Go in“ in Bönen, die „Villa“ in Holzwickede und die „Windmühle“ in Fröndenberg. Des Weiteren seien vier Einrichtungen der verbandlichen kirchlichen Jugendarbeit als Zuschussnehmer aufgeführt. Er weist darauf hin, dass gerade in der Kinder- und Jugendarbeit ein hohes Maß an ehrenamtlicher Tätigkeit vertreten sei. Die bereits von Herrn Richter angesprochene Ausbildung „Juleica“ werde durch den Kreis unterstützt. Hier sei auch ein hohes Maß an Ehrenamtlichkeit vertreten und dafür spreche er an dieser Stelle ein Dankeschön aus. Er weist auf die in der Vorlage dargelegte Situation im Jugendhaus in Ardey hin und bittet abschließend um eine Beratung und Beauftragung an die Verwaltung, die Zuschüsse entsprechend auszusahlen.

Herr Rieke erläutert zur Situation im Jugendhaus in Ardey, dass zunächst angekündigt worden sei, dass die dortige Jugendarbeit komplett eingestellt würde. Danach sei mitgeteilt worden, dass die Jugendarbeit bis zu den anstehenden Bauarbeiten weitergeführt werden solle. Das heiße, dass es sich um eine Übergangszeit von zwei Jahren handle und er bitte den Ausschuss um eine entsprechende Diskussion.

Frau Lindstedt teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese der halben Stelle für die Jugendarbeit in Ardey nicht zustimme. Es fehle an einer mittel- und langfristigen Perspektive. Das Jugendhaus solle zwar als Gebäude bestehen bleiben, aber nicht mehr für die Jugendarbeit nutzbar sein. Hier gebe es noch keine Alternative. Heute soll über die Bezuschussung der anderen Stellen entschieden werden. Für die halbe Stelle in Ardey müsse von der Kirchengemeinde Ardey ein Konzept vorgelegt werden, aus dem der weitere Weg ersichtlich sei.

Frau Sopora äußert sich für die CDU-Fraktion dahingehend, dass sich diese dem Vorschlag der SPD-Fraktion anschließe, denn es sei noch immer fraglich, wie es in Ardey zukünftig weitergehe.

Herr Wegener stellt fest, dass es für ihn nicht verständlich sei, welche Unklarheiten hier gesehen würden. Es stehe fest, dass die Jugendarbeit in Ardey zunächst weitergeführt werden solle. Man würde ansonsten die Jugendlichen vor Ort im Regen stehen lassen.

Frau Streich bittet darum, dass man den Vertreter der Kirchengemeinde Ardey zu Wort kommen lasse, damit eine Klärung herbeigeführt werden könne.

Herr Pfarrer Schiewer nimmt dazu Stellung und teilt mit, dass die Kirchengemeinde aufgrund der finanziellen Situation dazu gezwungen gewesen sei, den Gebäudebestand zu reduzieren. Man sei zu dem Entschluss

gekommen, das Gemeindehaus in Ardey zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang hätte auch das Jugendhaus zur Disposition gestanden. Mit den zunächst favorisierten Interessenten wäre keine Weiterführung der offenen Jugendarbeit möglich gewesen. Zwischenzeitlich habe sich ergeben, dass die UKBS die Immobilie erwerben wolle und in diesem Zusammenhang die Jugendarbeit wie bisher weitergeführt werden könne. Im Jahr 2013 werde die Gemeinde ein neues Konzept vorlegen und bitte zunächst für ein weiteres Jahr um Finanzierung durch den Kreis und das Land.

Frau Lindstedt erörtert, dass lt. Aussage der UKBS die Gemeinschaftsräume im Jugendhaus zukünftig durch mehrere Nutzer in Anspruch genommen würden. Sie zitiert eine Aussage des Kreisjugendpflegers Herrn Friederichs: „Jugendliche brauchen einen exklusiven Raum für sich, sonst fühlen sie sich immer nur als Gast.“ Aus diesem Grunde bestehe bei der SPD-Fraktion der Wunsch auf Nachhaltigkeit. Es müsse ein Konzept erstellt werden, denn nach Fertigstellung des Gebäudes gebe es nur noch Räume, die auch und somit nicht ausschließlich von Jugendlichen genutzt werden können.

Herr Pfarrer Schiewer antwortet, dass die Planungen fortgeführt würden und es gewollt sei, den aktuellen Status der Jugendarbeit weiterzuführen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es Wunsch des Ausschusses gewesen sei, auf der Grundlage eines vorgelegten Konzeptes zu entscheiden.

Frau Sopora erläutert, dass die verschiedenen, in der Vergangenheit getroffenen Aussagen zur Weiterführung bzw. Aufgabe der Jugendarbeit in Ardey zu Verwirrungen geführt hätten. Sie schlägt vor, dass zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über die Förderung der halben Stelle abgestimmt werde und der Ausschuss bis dahin erfahre, wie die offene Jugendarbeit in Ardey aufgebaut werde.

Der Vorsitzende führt abschließend aus, dass ein Beschluss zur Förderung der halben Stelle in Fröndenberg-Ardey in der nächsten Sitzung am 23. Mai 2012 erfolge.

Frau Blümel bittet die Verwaltung aufgrund der Schließung des „Café Sahne“ in Bönen zu prüfen, inwieweit es eine Verlagerung in das „Go in“ gegeben habe. Geprüft werden müsse die Frage, ob es dort nun mehr Jugendliche gebe und ob der aktuelle Personalbestand noch ausreiche.

Der Vorsitzende sichert eine Prüfung sowie eine Berichterstattung in der nächsten Ausschusssitzung durch die Verwaltung zu.

Herr Teumert betont für die SPD-Fraktion, dass ein Konzept für die offene Jugendarbeit in Fröndenberg-Ardey, nicht für die Projektarbeit, gefordert werde.

### **Beschluss**

Die Kreis- und Landesmittel zur Förderung der Offenen Jugendarbeit in Einrichtungen freier Trägerschaft, mit Ausnahme der halben Stelle im Jugendhaus Ardey, für das Jahr 2012 werden wie in der Vorlage aufgeführt bewilligt.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Punkt 3**

035/12

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2012

### **Erörterung**

Der Vorsitzende führt aus, dass es sich hier, anders als im Beschlussvorschlag der Vorlage angeführt, um eine Kenntnisnahme handele.

Frau Waßen erläutert die Vorlage und teilt mit, dass es hier um die jährliche Kenntnisnahme zu den Angebotsstrukturen und Betreuungszeiten in den einzelnen Einrichtungen gehe. Sie bittet um Entschuldigung für die verspätet eingebrachte Vorlage, aber aufgrund der erst kurzfristig erhaltenen Zahlen der Einrichtungen war eine frühere Bearbeitung nicht möglich. Auch jetzt seien die Zahlen noch nicht endgültig. Bis zur Weiterleitung der Zahlen an das Land, zum 15.03.2012, könne es immer noch Veränderungen geben.

Im Anschluss an ihren Bericht beantwortet Frau Waßen Verständnisfragen aus dem Ausschuss und teilt u.a. folgende Zahlen für die aktuellen Wartelisten im U3-Bereich mit: 35 Kinder in Bönen, 10 Kinder in Fröndenberg und 31 Kinder in Holzwickede.

Die dargestellten Gruppenstrukturen in den Kindertageseinrichtungen in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede zum 01.08.2012 werden zur Kenntnis genommen. Der Landrat wird beauftragt, die entsprechenden Betreuungskontingente zum 15.03.2012 zu melden.

### **Punkt 4**

011/12

Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung:

Prüfauftrag zur Aufgabe der Trägerschaft des Kreiskindergartens „Villa Kunterbunt“

### **Erörterung**

Herr Rieke erörtert den bisherigen Sachverhalt und teilt mit, dass die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage eine Entscheidungsgrundlage enthalte, nach der heute eine Entscheidung getroffen werden solle.

Herr Hahn teilt ergänzend mit, dass mit der heutigen Vorlage drei Varianten vorgelegt würden, die mit Anlagen versehen seien. Hier handele es sich um schriftliche Erklärungen der Stadt Fröndenberg, des Landesjugendamtes sowie des Finanzamtes Dortmund-Unna. Mit eingearbeitet worden sei eine rechtliche Bewertung, entnommen aus dem Personalvertretungsrecht, dass eine derartige Maßnahme mitbestimmungspflichtig durch den Personalrat sei. In den Varianten würden ebenfalls die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen dargestellt. Herr Hahn möchte bei der 1. Variante die angeführten Daten so

verstanden wissen, dass der unentgeltliche Nutzungsvertrag zum überwiegenden Teil den genannten Minderaufwand ausmache. Die Stadt Fröndenberg habe allerdings klar und deutlich dargelegt, dass sie bei einem Wechsel der Immobilie aus der Trägerschaft des Kreises Unna an einen anderen Träger künftig auf Mietforderungen bestehen werde. Die Mietforderung betrage ca. 40.000,- € und somit würde sich der Minderaufwand um diese Summe reduzieren. Die Verwaltung habe keinen Entscheidungsvorschlag gemacht, denn es werde davon ausgegangen, dass aufgrund des von der Politik formulierten Auftrags eine Entscheidung durch sie zu treffen sei.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende die Fraktionen um Stellungnahme.

Herr Teumert teilt für die SPD-Fraktion mit, dass sich diese für die 1. Variante ausspreche. Voraussetzung sei, dass die Stadt Fröndenberg einen Nutzungsvertrag mit dem neuen Träger schließe. Durch einen Trägerwechsel könne man mittel- oder langfristig Synergieeffekte erzielen.

Frau Sopora teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sich diese nicht unbedingt zwingend der 1. Variante anschließe. Sie sei dafür, dass man mit Trägern Gespräche führe, um eine Lösung zu finden. Vorab solle man alle Varianten durchsprechen, die 1. Variante werde aber von der CDU-Fraktion favorisiert. Ebenfalls müsse eine Lösung gefunden werden, dass das Nutzungsentgelt nicht zu hoch angesetzt werde.

Frau Streich äußert für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass es insgesamt eine schwierige Situation sei. Fraglich sei, ob die 1. Variante überhaupt durchführbar sei und sich ein Träger für diese Variante finden ließe. Frau Streich fragt nach, ob vielleicht der anwesende Herr Freck von der Stadt Fröndenberg zum Nutzungsvertrag Angaben machen könne.

Herr Rieke führt abschließend aus, dass das Personal sehr wichtig sei; dem Personal solle Sicherheit gegeben werden. Daher müsse man zeitnah Gespräche führen und die Verwaltung solle beauftragt werden, in diesem Sinne zu handeln.

Herr Freck, Beigeordneter der Stadt Fröndenberg, antwortet, dass aufgrund einer groben Schätzung, unter Zugrundelegung der Flächen, die für den Kindergarten zur Verfügung stünden, eine Größenordnung von 40.000,- € bis 45.000,- € in Erwägung gezogen worden sei. Die Haushaltslage dürfe ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden. Zunächst müsse man entsprechende Gespräche führen. Mehr könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

### **Beschluss**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss spricht sich für die Durchführung der 1. Variante (Abgabe an „armen Träger“ mit Nutzungsvertrag) aus.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 5**

### Neues Kinderschutzgesetz

-mündlicher Bericht-

#### **Erörterung**

Herr Steiner teilt mit, dass das Bundeskinderschutzgesetz (BkiSchG) relativ kurzfristig zum 01.01.2012 in Kraft getreten sei. Es habe lange Diskussionen gegeben und zuletzt sei es u.a. um die Finanzierung dieses Gesetzes gegangen. Mit der Verabschiedung seien die Jugendhilfelandtschaft, die Verbände und Vereine, insgesamt zufrieden. Er berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt wird. Vom Gesetz sei gewollt, dass Familienhebammen eine bundesweite Institution würden. Hier gebe es eine enge Vernetzung im Bereich der Jugendhilfe.

Herr Rieke stellt die Frage, ob die Bundesmittel für die Unterstützung zum Ausbau der Netzwerke und zum Einsatz von Familienhebammen weiterhin befristet und noch nicht freigegeben seien. Nach seiner Kenntnis wisse niemand, wie es weiterlaufen würde und es lägen noch keine Bewerbungen für die Stellen vor. Er fragt nach, ob man sich darüber bewusst sei, dass bei Nichtvorhandensein von Sicherheiten das Ganze ins Leere laufen würde.

Herr Hahn antwortet, dass 120 Mio. €, auf vier Jahre verteilt, somit jährlich 30.000,- €, freigegeben werden sollten. Zurzeit befasse sich die Bund-Länder-Kommission damit und es liefen noch Absprachen betreffend der Verwaltungsvorschriften. Man wisse noch nicht, wer der Adressat sei, ob es nur die kommunale Seite betreffe und in welchem Kontext die Voraussetzungen an diese Forderung geknüpft seien. Sobald die Verwaltung wisse, wie es weitergehe, könne sie auch Informationen weiterleiten, zurzeit sei alles nur spekulativ. Bis 2013 gebe es beim Kreis drei Familienhebammen im Stellenplan. In diesem Bereich habe es eine große Fluktuation gegeben und zurzeit habe der Kreis nur eine Familienhebamme, die beiden anderen hätten sich beruflich verändert. Dies habe möglicherweise auch an den befristeten Arbeitsverträgen gelegen. Auf Ausschreibungen habe der Kreis keine entsprechenden Bewerbungen erhalten. Die Rückkopplungen aus den Jugendämtern sei eindeutig, der Bedarf an Familienhebammen bestehe, dieser sei aber zurzeit nicht zu decken.

Während des weiteren Berichts von Herrn Steiner teilt Frau Dierkes-Hartwig mit, dass es weiterhin den Wunsch gebe, dass im offenen Ganztagsbereich mehr Präsenz der Jugendhilfe gezeigt werde. Vielleicht ließe sich das durch die Netzwerkbildung verstärken.

Herr Steiner antwortet, dass hierfür entsprechend erfahrene, ausgebildete Fachkräfte vorhanden sein müssten. Im Vorfeld müsse gesehen werden, was möglich sei und bei einer Gefährdung solle das Jugendamt, in der Regel der Allgemeine Soziale Dienst (ASD), hinzugezogen werden.

Er beantwortet weitere Anregungen bzw. Anfragen aus dem Ausschuss und setzt seinen Bericht fort. Er teilt mit, dass es im Herbst eine Veranstaltung mit den Sportverbänden und der Polizei zum Thema Kinderschutz geben werde.

Frau Streich teilt mit, dass es Zeit werde, dass das Ministerium die Ausführungsbestimmungen herausgebe,

damit eine vernünftige Planung erfolgen könne. Es sei nicht zufriedenstellend, dass zurzeit nur eine Familienhebamme tätig sei.

## **Punkt 6**

030/12

Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

### **Erörterung**

Herr Hahn teilt mit, dass es einen gemeinsamen Antrag der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Anhebung des Zuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. gegeben habe. Es handele sich um eine Summe in Höhe von 30.000,- €, die durch einen Sperrvermerk zurückgehalten worden sei. Dazu sollte in der Bürgermeisterkonferenz Stellung genommen werden. Bisher sei aber in der Bürgermeisterkonferenz keine Beratung erfolgt. Über die Aufhebung des Sperrvermerks entscheide der Kreistag. Er bittet den Ausschuss um Kenntnisnahme, dass es auf der Jugendamtsebene eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund gebe. Insbesondere der Kinderschutzbund leiste für die Jugendämter und die in der verbandlichen Jugendarbeit Tätigen eine Zertifizierung im Bereich Ausbildung der im Kinderschutz erfahrenen Fachkräfte nach landeseinheitlichen Vorgaben.

Frau Streich fragt nach, wie zurzeit die Präventionsarbeit laufe. Jahrelang sei mit Frau Bornemann-Meisel im Bereich der Präventionsarbeit zusammengearbeitet worden. Zwischenzeitlich sei diese in Fröndenberg tätig.

Frau Böhme antwortet, dass es Veränderungen in der Präventionsarbeit gegeben habe. Für diese Stelle fehle es an finanziellen Mitteln. Der Schwerpunkt sei nun auf die Weiterbildung, Stelle von Frau Diescha, im Bereich Prävention gelegt worden. Hier gehe es darum, erkennen zu können, wann ein Kind gefährdet sei. Die Kreismittel hätten eine große Bedeutung für die weitere Arbeit. Frau Böhme bittet darum, dass in der nächsten Kreistagssitzung eine Zustimmung erfolge.

Herr Rieke bittet darum, in Zukunft darauf zu achten, Personalangelegenheiten nicht im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Frau Lindstedt bedankt sich bei Frau Böhme für die Ausführungen in der Vorlage. Sie verweist auf die differenzierte Aufgliederung auf Seite 7 des Jahresberichtes. Hier erkenne man, dass viele Menschen an den Kinderschutzbund herantreten und Beratung suchen würden. Je mehr der Kinderschutzbund bekannt sei und Netzwerke geschlossen würden, umso mehr könne man in Not geratenen Kindern helfen.

Frau Böhme ergänzt, dass der Kinderschutzbund die Erfahrung gemacht habe, dass entscheidend sei, wie bekannt die Arbeit des Kinderschutzbundes bzw. das Problem werde. Die Betroffenen müssten zunächst ihre Hemmungen ablegen und sicher sein, dass sie über das Problem sprechen könnten. Sobald Bürgersprechstunden angeboten würden, erfolge auch Resonanz.

Frau Sopora erinnert sich daran, dass es bei der Haushaltsverabschiedung aufgrund eines Antrages den

Sperrvermerk gegeben habe. Hier habe es die Einschränkung gegeben, dass, wenn es keine andere Finanzierung seitens des Kinderschutzbundes gebe, das Geld ausgezahlt würde.

Ihre Frage, ob zunächst eine Beratung durch die Bürgermeisterkonferenz erforderlich sei, wird durch Herrn Hahn bejaht. Frau Sopora bittet die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass dieses Thema bei der nächsten Bürgermeisterkonferenz hohe Priorität habe.

Der Jahresbericht 2011 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V. wird zur Kenntnis genommen.

## **Punkt 7**

039/12

Kein Kind zurücklassen! - Teilnahme am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“

### **Erörterung**

Herr Hahn erläutert, dass die vorliegende Interessensbekundung gemeinsam mit den örtlichen Jugendämtern, federführend von Frau Thünker (Kreis Unna), Herrn Dr. Hartlieb (Kreis Unna) und Herrn Knoche (Kreisstadt Unna) erstellt worden sei. Er teilt mit, dass man hieraus erkenne, dass im Kreis Unna bereits einiges getan werde. Hier gebe es viele unterschiedliche Akteure, teilweise seien dieselben Akteure in verschiedenen Netzwerken tätig. Jetzt habe der Kreis den Zuschlag für das Modellprojekt „Kommunale Präventionsketten“ erhalten. Von insgesamt 52 Interessenten landesweit seien 18 ausgewählt worden. Abgesehen von Werne und Schwerte seien alle anderen Kommunen des Kreises daran beteiligt. Am kommenden Freitag würden mit den am Projekt beteiligten acht Kommunen erste Gespräche geführt. Die Teilnahme sei mit einer finanziellen Förderung von insgesamt 64.000,- € verbunden, die in eine innovative externe Begleitung investiert würde, um den Kreis und die Kommunen zu unterstützen.

Der Vorsitzende führt aus, dass dies eine wichtige Zusammenarbeit im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit sei.

Frau Streich freue sich über das Modellprojekt, obwohl das Thema bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte in Angriff genommen werden können.

Frau Gebhardt teilt mit, dass auch ihr das Projekt sehr entgegenkomme und regt an, dass die finanziellen Auswirkungen eigentlich in der Vorlage aufgeführt sein müssten.

Herr Hahn antwortet, dass dort lediglich die finanziellen Auswirkungen anzuführen seien, die aus Kreismitteln entstünden. Der Kreis habe, abgesehen von den Personalkosten, keine finanziellen Auswirkungen. Die Beratertätigkeit sei ebenfalls in dem Zuschuss in Höhe von 64.000,- € enthalten.

Frau Waßen ergänzt aufgrund einer Nachfrage von Frau Sopora, dass die auf Seite 51 angeführten 126.000,- € die Eigenleistung der beteiligten Kommunen sei. Dort sei für jede Kommune eine Fachkraft der Jugendhilfeplanung mit wöchentlich 5,5 Stunden zugrunde gelegt worden. Wenn dies über drei Jahre gerechnet werde, käme man auf den angeführten Betrag. Da Bergkamen noch hinzu käme, sei dieser Betrag

allerdings nicht mehr aktuell. Hiervon unabhängig sei die Förderung in Höhe von 64.000,- € zu sehen; diese gelte für eine externe Begleitung.

Die Interessensbekundung „Brücken für Familien“ der Städte Kamen, Bergkamen, Lünen und Selm, der Kreisstadt Unna sowie des Kreises Unna wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussempfehlung zur Beteiligung des Kreises Unna im Rahmen dieser Verbundbewerbung am Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“ des Landes Nordrhein-Westfalen wurde nicht getroffen.

## **Punkt 8**

029/12

Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2011

### **Erörterung**

Frau Waßen erläutert den Tätigkeitsbericht und teilt mit, dass der Fachbereich Familie und Jugend dokumentieren möchte, dass es neben der Kindertagesbetreuung, den Hilfen zur Erziehung und der Kinder- und Jugendförderung noch weitere, vielfältige Aufgaben im dortigen Bereich gebe. Hier würden die Unterhaltsvorschussangelegenheiten, Beistandsschaften, Vormundschaften und Pflegschaften angeführt. Kreisweit sei der Fachbereich Familie und Jugend im Bereich des Elterngeldes tätig. Mit Ausnahme der Städte Unna und Lünen sei der Fachbereich kreisweit für die Betreuungsstellen für Erwachsene zuständig. Dem Bericht seien Vergleichszahlen des Vorjahres beigefügt worden, um zu verdeutlichen, dass die Fallzahlen in vielen Bereichen mindestens konstant blieben, wenn nicht sogar weiter ansteigen würden.

Frau Waßen erläutert die Umstellung des Bereiches Hilfen zur Erziehung (Seite 3 ff.). Zur Jugendhilfeplanung führt sie aus, dass der Schwerpunkt dort in der Zusammenarbeit der Personen und Institutionen gelegen habe, den Kontakt zu Eltern und Kindern zu stärken und einheitliche Verfahren und Standards einzuführen. Hier sei es um die Netzwerkarbeit gegangen, zum Beispiel das Netzwerk „Kinderschutz vor Ort“.

Frau Sopora findet die Zahl der Unterbringungen aus dem Fröndenberger Raum erschreckend. Man müsse hier eine größere Hilfestellung bei der Verselbstständigung der Elternteile geben, damit diese Elternteile mit ihren Kindern wieder in der gewohnten Umgebung leben könnten.

Herr Hahn führt diesbezüglich aus, dass die Zahlen insgesamt sehr erschreckend seien. Das Ziel, dass Eltern mit ihren Kindern wieder alleine leben könnten, solle immer umgesetzt werden. Dies sei aber aufgrund der vorhandenen Problemstellungen nicht immer kurzfristig möglich. Die Verantwortlichkeiten lägen bei den Mitarbeitern der Jugendämter. Jede einzelne Unterbringung in dieser Form sei erforderlich gewesen.

Frau Streich merkt positiv an, dass durch die Bildungsakademie des Deutschen Kinderschutzbundes die Fachkräfte an Schulen, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen ausgebildet worden seien. Hier solle der Weg weiter gehen. Dies sei auch ganz im Sinne der Netzwerkarbeit. Die Wartezeiten bei der Psychologischen Beratungsstelle seien sehr lang und dies mache sie betroffen. Sie vermisse die Angaben zu Familienhebammen.

Herr Hahn antwortet, dass die Familienhebammen den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz

zugeordnet seien.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

### **Punkt 9**

#### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau Waßen teilt mit, dass im vergangenen Jahr die Anerkennung für zwei neue Familienzentren beantragt worden wären. Im Sommer vergangenen Jahres habe die Landesregierung entschieden, dass in dem Jahr keine weitere Förderung der Familienzentren erfolge und die Konzeption überarbeitet werde. Inzwischen sei klar, dass nur noch Familienzentren in sozialen Brennpunkten gefördert würden. Über das Ministerium habe man vor wenigen Tagen die Information erhalten, dass innerhalb der hiesigen Jugendamtskommunen kein weiteres Familienzentrum gefördert werde.

Im Ausschuss wird daraufhin erörtert, dass hier zu erkennen wäre, dass es keine Brennpunkte gebe und dies durchaus zu begrüßen sei.

Weitere Mitteilungen und Anfragen ergeben sich nicht.

Herr Rieke äußert, dass Herr Wegener aus dem Jugendhilfeausschuss ausscheide und er sich, auch im Namen des gesamten Ausschusses, für seine langjährige, konstruktive Mitarbeit bedanke. Im Anschluss überreicht er Herrn Wegener ein Geschenk.

Herr Wegener bedankt sich beim Ausschuss und den Mitarbeitern des Jugendamtes für die gute Zusammenarbeit.

Herr Rieke führt aus, dass Herr Wegener als Nachfolger Herrn Richter vorschlage, aber dies müsse zunächst innerhalb der Verwaltung geklärt werden.

---

### **Nicht öffentlicher Teil**

### **Punkt 10**

#### Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung      17.50 Uhr

Anlage

Folienpräsentation „Neues Kinderschutzgesetz“, Bericht Herr Steiner

Rieke

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin